

Resolution für den Rat am 17. Mai 2019

---

Ja zur Energiewende – nein zur Vorzugsvariante West der Stromtrasse „SuedLink“

- Überbündelung verhindern – Belastungen gleichmäßig verteilen –

Das Netzausbauprojekt SuedLink ist als Erdkabelverbindung geplant. Der in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) erzeugte Windstrom soll nach Großgartach (Baden-Württemberg), der in Wilster (Schleswig-Holstein) erzeugte nach Grafenrheinfeld (Bayern) als Punkt-zu-Punkt-Verbindung transportiert werden.

Beide Verbindungen (auch im Göttinger Gebiet) sollen zeitgleich und parallel zueinander verlegt werden. Der Trassenkorridor ist in der Bauphase ca. 1000 m breit.

Für bundesländerübergreifende Leitungsprojekte wie die SuedLink ist die Bundesnetzagentur zuständig. Im Februar 2019 hat der Netzbetreiber Tennet bekanntgegeben, dass er der Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde einen westlichen Trassenverlauf als Vorzugsvariante empfehlen wird. Bislang war der östliche Trassenkorridor die bevorzugte Variante. Von der aktuellen westlichen Planung wäre die Stadt Göttingen in hohem Maße betroffen, da sie eine städtebauliche Wohnbaulandentwicklung im Westen der Stadt verhindert.

Die Bundesnetzagentur ist in ihrer Entscheidung nicht an diesen Vorschlag gebunden. Die endgültige Entscheidung über den Trassenkorridor fällt erst nach Abschluss der Bundesfachplanung voraussichtlich Ende 2019/Anfang 2020.

Bereits 2016 hat der Rat der Stadt in einem Dringlichkeitsantrag aller im Rat vertretenen Parteien einem möglichen Verlauf durch das westliche Stadtgebiet Göttingens begründet abgelehnt und auf die Überbündelung durch die 380 kV Wechselstromleitung Wahle-Mecklar (Wakenbreite Hetjershausen) und des SuedLinks (westliches Stadtgebiet Esebeck, Elliehausen, Hetjershausen, Groß Ellershausen) hingewiesen.

Der Rat der Stadt Göttingen erklärt:

Der Rat der Stadt Göttingen lehnt die von der Fa. Tennet vorgeschlagene Trassenführung des SuedLinks durch das westliche Stadtgebiet entschieden ab. Diese aktuelle Planung verstärkt die bereits bestehende hohe Belastung der westlichen Stadtgebiete durch die A 7, Stromleitungen der Bahn, Bundesstraße 3, Richtfunktrasse und die schon geplante 380 kV Wechselstromtrasse Wahle-Mecklar.

Für das Gebiet Göttingen/Rosdorf ist außerdem die hohe Belastung durch verschiedene Trassen zu beschreiben (4 Hochspannungsleitungen – 1 davon 380 kV Wahle-Mecklar – 2 Fernbahnstrecken, Autobahn -A7/A8-, eine Gasleitung Nord-Süd, eine geplante Gasleitung Ost/West, überregionale Glaskabel, mehrere Richtfunkstrecken, mehrere Überflugstrecken).

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Oberzentrums Göttingen werden in unzumutbarer Weise durch die vorgeschlagene Trassenführung eingeschränkt. Im Westen der Stadt sind Flächen verfügbar, sind

Baugebiete geplant, z.B. in Groß Ellershausen Wiesental Süd, in Hetjershausen, in Esebeck und Elliehausen. Andere Flächen sind bereits ausgewiesen, erschlossen und Grundstücke verkauft (z.B. Baugebiet Deneweg, Hetjershausen).

Die geplante SuedLink-Trasse läuft extrem eng am bestehenden Siedlungsgebiet, trennt dabei z.B. einen westlichen Stadtteil Göttingens in 2 Siedlungsbereiche (Altdorf und Hasenwinkel Hetjershausen), verläuft sehr nah am erschlossenen Baugebiet Deneweg (Hetjershausen), schneidet Wohngebiete und künftige Baugebiete in Groß Ellershausen, Esebeck, in Elliehausen.

Diese extrem enge bzw. nahe Führung einer Pilot-Trasse an bestehenden bzw. geplanten Wohngebieten muss schon unter dem Aspekt eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes strikt abgelehnt werden.

Außerdem sind die Landwirte bei der Nutzung ihrer Äcker in doppelter Weise betroffen: einmal durch die 380 kV-Leitung, zum anderen durch den SuedLink.

Die Realisierung der geplanten Trasse des SuedLinks würde die städtebauliche Fortentwicklung Göttingens, die nur im Westen der Stadt möglich ist, stark beeinträchtigen oder unmöglich machen.

Der Rat fordert die Bundesnetzagentur auf, die geplante Trassenführung nicht zu genehmigen. Gegebenenfalls sollte die Stadt auch alle rechtlichen Mittel in dieser Frage ausreizen.